

Wahlperiode 2022/2023

30.06.2022

Änderungsantrag

zu Vorlage 2223/11

der Mitglieder Mathis Lorenzen und Lara Thien

Positionierung des Studierendenparlaments zur vom Studierendenwerk beantragten Erhöhung des Semesterbeitragsteil des Studierendenwerks

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Das Petitum des Antrags aus Vorlage 2223/11 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der Wirtschaftsplan des Studierendenwerks für 2023 weist in der Hochschulgastronomie auf Grund von Umsatzrückgängen und Inflation ein massives Defizit von etwa 3,1 Mio. € auf. Wird dieses Defizit nicht ausgeglichen, wird es dem Studierendenwerk nicht möglich sein, seine Leistungen im aktuellen Maße weiterzuführen.

Schon jetzt hat das Studierendenwerk nicht die Mittel, um seinen Aufgaben ausreichend nachzukommen:

- Aktuell liegen nur etwa 57,1 % der Mieten in Wohnanlagen des Studierendenwerks innerhalb des vorgesehenen Bafög Satzes von 325€
- Das Studierendenwerk kann nur 5,9% der Studierenden einen Wohnplatz anbieten. Dieser Wert liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt von 9,4%. [Stand WiSe 18/19]
- Zusätzlich sind Öffnungszeiten aus wirtschaftlichen Gründen aktuell 8 Betriebe der Hochschulgastronomie geschlossen zu den ohnehin oftmals kurzen und viele andere nur mit gekürzten Öffnungszeiten und verringertem Angebot geöffnet.
- Selbst die günstigsten Hauptgerichte kosten in der Regel etwa 3,50€ und teilweise sogar über 4,00€ — zu viel für eine Mahlzeit für finanziell schwache Personen.

Diese Situation der starken Unterfinanzierung zieht sich leider durch die gesamte Bildungslandschaft Hamburgs und wird an folgenden Beispielen deutlich:

- Wie vorangegangen dargestellt, hat das Studierendenwerk nicht die Finanzmittel seinen sozialen Aufgaben ausreichend nachzukommen.
- Die Hochschulen kämpfen schon lange mit der Kostenschere der steigenden Kosten und der real sinkenden Finanzierungen. Die resultierenden Einsparungsmaßnahmen bringen alle Bereiche der Hochschulen an ihre Grenzen.
- Das Semesterticket des HVV genügt für viele Studierende nicht, um zu den Hochschulen zu gelangen, da nichtmal der Gesamtbereich des HVV abgedeckt wird. Gleichzeitig bezahlen Studierende aus anderen Standorten für den identischen Bereich weniger.
- Selbst mit der geplanten Erhöhung des BAföG, reicht diese Unterstützung nicht für Lebenshaltungskosten und eine gesellschaftliche Teilhabe.
- Etwa 30% der Studierenden und sogar 79% der alleinlebenden Studierenden leben in Armut. [Stand September 2020]

Die Verantwortung zur ausreichenden Finanzierung des Studierendenwerkes und damit eines wichtigen Teils unseres Sozial- und Bildungssystems liegt beim Senat und der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Da die seltenen Erhöhungen der Öffentlichen Zuwendungen zu niedrig sind, um auch nur die Inflation auszugleichen, kommt die Stadt dieser Verantwortung jedoch nicht nach und versucht diese auf die Studierenden abzuwälzen. Damit wird gerade die finanziell schwache Gruppe der Studierenden verstärkt belastet und in Kauf genommen, dass Studierende sich Mieten, Lebensmittel und dadurch ihr Studium nicht mehr leisten können.

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg fordert den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg dazu auf, ihrer Verantwortung zur ausreichenden Finanzierung eines arbeitsfähigen Studierendenwerkes sowie einer vielfältigen Bildungslandschaft nachzukommen.

Hamburg, den 30. Juni 2022

gez. Mathis Lorenzen, Lara Thien